

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Er scheint 12mal wöchentlich.
Bezugspreis:
Abnehmer monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2.10 M.
Durch Träger und Agenturen:
Monatlich 80 Pf., vierteljährlich 2.40 M.
frei ins Haus.
Durch die Post: Monatlich 1 M.,
vierteljährlich 3 M. (ohne Bestellgebühr).
Jahresabonnement:
Unter Kreuzband 12 M. vierteljährlich.

Mittelrheinische Zeitung.
Verlag und Redaktion: Nikolaistraße 11. Filiale: Mauritiusstraße 12.

Anzeigenpreise:
Die Anzeigenpreise in Wiesbaden 20 Pf.,
Deutschland 20 Pf., Ausland 40 Pf.,
Die Restamtspreise 1.20 M.
Anzeigen-Ausnahme:
Für Abendausgabe bis 1 Uhr mittags,
Morgenausgabe bis 7 Uhr abends.
Fernsprecher:
Anzeige und Abonnement: Nr. 120,
Redaktion: Nr. 121; Verlag: Nr. 122.

76 Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, 11. Februar 1914.

68. Jahrgang.

Tageschau.

In einem ungarischen Dorfe sind 200 Personen, die Fleisch von mit Rinderpest befallenen Tieren gegessen haben, erkrankt.

Die mexikanische Regierung hat alles Brennöl in Veracruz beschlagnahmt.

Das argentinische Kabinett hat demissioniert.

Die Zukunft des Balkans.

Von Hermann vom Rath, Kaiserl. Legationssekretär a. D.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß starke Mächte am Werke sind, um auf die zukünftige Gestaltung des Balkans Einfluß zu gewinnen. Die Zeit ist dafür günstig. Die Ergebnisse der beiden Kriege, wie sie in den beiden Friedensschlüssen von London und von Bukarest niedergelegt worden sind, werden von Bulgarien jedenfalls nicht als definitive angesehen. Zwischen Griechenland und der Türkei schwebt noch die endgültige Regelung der Inselfrage, über die bisher alles andere eher als eine Einigung erzielt worden ist. Reime zu neuen Verwicklungen und neuen Kämpfen sind mehr als reichlich vorhanden. Es ist sonach wohl erklärlich, daß die am Geschehen des Balkans interessierten Mächte bei Zeiten vorarbeiten, um von den kommenden Ereignissen nicht überrascht zu werden.

In den unmittelbar Interessierten gehört Deutschland nicht. Die Gestaltung des Balkans wirkt auf unsere Politik nur durch das Medium unseres österreichischen Verbündeten ein. Sie spricht ferner mit bei Beurteilung und Abwägung des Kräfteverhältnisses zwischen den europäischen Mächtegruppen, zwischen denen möglicherweise einmal ein Konflikt ausbrechen kann. Von diesem Gesichtspunkte aus hat man vielfach Rumänien das Schlüsselstück an der europäischen Lage genannt, und es steht außer Zweifel, geht ein Zukunftskrieg vom Balkan aus, oder wird er mit hereingezogen, dann ist die halbe Million wohlgeschulter Truppen, die Rumänien ins Feld zu stellen vermag, von eminenter Bedeutung.

Mit Rumänien verbindet Deutschland seit Jahrzehnten ein gutes freundschaftliches Verhältnis. Es beruht nicht nur auf den dynastischen Beziehungen; die soll man wenigstens in einem streng konstitutionell regierten Staat nicht überschätzen. Es ergibt sich auch aus dem eigenen Interesse des Donaulandes. Denn Rumänien bildet eine Enklave, eine Insel im umgebenen slawischen Meere. Begibt es sich in ein engeres Verhältnis zum Slaventum, dem nördlichen oder dem südlichen, so ist seine Selbständigkeit bedroht. Rumänien ist daher naturgemäß auf eine Anlehnung an die verbündeten Kaiserreiche angewiesen. Daß und warum ihm dies durch die ungarische Politik bedauerlicherweise erschwert wird, liegt außerhalb des Rahmens dieser Betrachtung.

Aber Rumäniens Stellung auf dem Balkan ist in keiner Weise eine abhängige. Im Gegenteil, durch die geschickte Politik, die schließlich zum Frieden von Bukarest führte, hat König Karol es verstanden, sich die Kontrolle und Führung zu sichern, sie kommt zum Ausdruck in der Formel vom Schutze des Friedens von Bukarest. Rumänien hat damit gewissermaßen die Großmacht ausgeschaltet, die in der Vergangenheit den Balkan als die Domäne ihres Einflusses betrachteten, die jeden Konflikt zwischen der Türkei und ihren Nachbarn, respektive der Nachbarn untereinander als ihrer Jurisdiktion unterliegend ansahen.

König Karol hat diesen Anspruch jüngst in zweifelsfreier Form präzisiert. Und zwar speziell in Rücksicht auf den Konflikt, der am nächsten zu drohen scheint, zwischen der Türkei und Griechenland. Da die vorausgesetzliche Voraussetzung dieses Konfliktes, die Inselfrage, weder der Sache noch der Form nach mit dem Bukarester Frieden zusammenhängt, erklärt König Karol Rumänien als am Austrage nicht beteiligt. Die Pflicht des Friedensschutzes erfordert nur dann sein Eingreifen, wenn auch Bulgarien und eventuell auch Serbien sich am Kampfe beteiligen. Es ist aber anzunehmen, daß er diese Beteiligung als nicht gegeben erachtet, wenn die türkische Armee unter härtester oder geringstem Protest der Regierung von Sofia durch Passieren bulgarischen Gebietes die Fühlung mit dem griechischen Gegner suchen sollte.

Eine Konkurrenz in der Balkanhegemonie ist Rumänien durch Griechenland erkannt. Es ist dies aber keine Konkurrenz, die zum Konflikt zwischen den beiden Wettbewerbern zu führen braucht. Denn Rumäniens Wünsche richten sich nicht wie die Griechenlands nach den Meerengen, hat es doch, abgesehen vom Meere, in der Donau einen Verbindungswege mit dem europäischen Hinterland. Eine Differenz zwischen beiden könnte sich nur ergeben aus der geringeren oder größeren Bewegungsfreiheit, die Rumänien der Türkei einräumt. Ueber diesen Punkt bringt nun die jüngste Rundgebung König Karols eine gewisse Klärung, und gleichwohl gehalten sich ansehnend die Beziehungen zwischen den beiden Ländern so intus, daß bereits von einer förmlichen Verbindung die Rede war. Vom Standpunkte der deutschen Politik aus sind die Sympathien auf rumänischer Seite, denn trotz der guten dynastischen Beziehungen zwischen Berlin und Athen werden wir in Griechenland einen französischen Vorposten erblicken.

Der Politik beider Rivalen ist aber ein Grundzug gemeinsam. Beide wollen von einem russischen Protektorate auf dem Balkan nichts wissen. Auf dieses Verhältnis will man aber an der Ruma unter seinen Umständen verzichten. Daher bemüht man sich dort augenblicklich, auf dem Balkan einen Zustand zu schaffen, der Rumäniens historischer Rolle Rechnung trägt, wenn möglich unter Einfluß von Rumänien und Griechenland, nötigenfalls aber auch ohne sie. Es scheint nun, daß Herr Benizelos in Petersburg trotz aller Intimität des Verkehrs mit den russischen Staats-

männern nicht mit irgend welchen bindenden Verpflichtungen sich belastet hat, dafür spricht auch die Fortsetzung seiner Reise nach Bukarest.

Die russische Diplomatie gibt sich nun alle Mühe, die zwischen Bulgarien und Serbien bestehenden tiefgehenden Differenzen auszuglätten, sodaß man bereits von einer Annäherung hört, Bulgarien durch gewisse territoriale Konzessionen mit dem gegenwärtigen Stande der Dinge auszuföhnen. Ob diese Bemühungen Erfolg haben werden, ist schwer zu erkennen. Bulgarien gilt ja heute noch als der Freund Österreichs, und die russischen Projekte haben unverkennbar eine Spitze gegen die Donaumonarchie. Aber Bulgarien und sein König sind so unsichere Faktoren, daß man vor Überraschungen nicht sicher ist.

Es verlaute auch, daß ein neuer Vertrag zwischen Griechenland und Serbien geschlossen worden ist, aber man nimmt an, daß er sich nur auf einen eventuellen Angriff Bulgariens beziehe, nicht aber auf einen etwaigen türkisch-griechischen Konflikt. Dieser steht nun als zunächst drohende Wolke am Balkanhimmel, und es ist ein schlechter Trost, wenn selbst der weitsehende rumänische König die Aussichtslosigkeit des Brandes nur von der finanziellen Erbbeider Geener und der späten Ablieferung der beschlagnahmten Kriegsschiffe erhofft.

Arbeiterchaft und Imperialismus.

Ein nationalliberaler Arbeiter schreibt der „Nat. Corr.“ für die Rheinprovinz:

Daß die deutsche Arbeiterchaft ein großes Interesse an einer machtvollen imperialistischen Politik unseres Vaterlandes hat, bedarf wohl (so sollte man wenigstens annehmen) keines besonderen Hinweis mehr. Besonders unsere Industriearbeiterchaft, deren Interessen auf Gewinn und Verderb mit denen der Industrie auf das engste verknüpft sind, sollte dieser wichtigen Frage eine größere Aufmerksamkeit wie bisher widmen. Nur durch eine scharf zum Ausdruck gebrachte Weltanschauung wird es auf die Dauer möglich sein, unserer auf dem Weltmarkte hart bedrängten Industrie neue Absatzgebiete zu schaffen, neue Bezugsquellen zu öffnen und auch nicht zuletzt die Erschwerung oder gar Schließung der vorhandenen zu verhindern. Trotz des Geburtenrückganges, der hoffentlich für Deutschland nur eine vorübergehende Erleichterung sein wird, gilt es für eine jährliche Bevölkerungszunahme von ungefähr 800 000 Menschen eine, was auch nicht zuletzt der Wunsch weiterer Unternehmerrfolge ist, lohnende Beschäftigung zu schaffen.

Leider ist aber auch in dieser Frage die neugierende Politik, die verheerende Tätigkeit der Sozialdemokratie nicht ohne Wirkung geblieben. Die weit ausschauende Initiative unseres Kaisers hat in diesen Kreisen kein Verständnis gefunden. Trotzdem die Werte, die eine wirtschaftliche und politische Ausgestaltung Deutschlands schafft, zu einem großen Teile auch der Arbeiterchaft zugute kommen, konnte es die Sozialdemokratie mit ihrer „Volksfreundlichkeit“ verneinen, die Schöpfung eines göttlichen ohnmächtigen Hasses über diese Befreiungen zu legen. Der wahre Zweck war durchschaut. Eine durch ein weiteres Wachsen und Blühen unseres Handels und unserer Industrie verhältnismäßig gut gestellte Arbeiterchaft ist nicht leicht zu gewinnen für sozialistische Zukunftspläne. Auch trotz der großen Zahl der Mittläufer, oder besser, weil die Mehrzahl der 1/2 Millionen nur Mittläufer sind, wird es noch lange zum St. Nimmerleinstag dauern. Daß man auch von dieser Seite den Imperialismus als nur im Interesse der Unternehmer liegend schildert, zeigt an, daß die Sozialdemokratie von dem Erkennen des besten auch in der breiten Masse eine Schädigung ihrer Tätigkeit befürchtet.

Es ist deshalb mit Freude zu begrüßen, daß unsere nationalliberale Partei als erste unter den bürgerlichen Parteien den Imperialismus auf ihre Fahne geschrieben hat. Dank geführt unseren Führern, vor allem Vaffermann, für diese Programmverweiterung. Pflicht der einzelnen Parteioptionen ist es aber, diesen Gedanken in der Wählerschaft zu verbreiten und zu vertiefen. Er muß nicht nur das Gemeinwohl der gebildeten Schichten, sondern auch der breiten Masse, der Arbeiterchaft, werden. Sozialdemokratischer Verheugung können und müssen wir Schulung und Aufklärung der Arbeiterchaft entgegenstellen. Dazu gehört auch, daß wir noch mehr als bis jetzt befähigte Arbeiter zur Mitarbeit heranziehen und heranbilden. Leider besteht noch ein unbegründetes Misstrauen in weiten Kreisen der Arbeiter gegen die politische Aufklärungsarbeit der gebildeten Kreise, auch innerhalb unserer Partei. Dies wird beseitigt werden durch Mitarbeit der eigenen Ständesgenossen. Beherrigen wir dies, so wird der Erfolg befriedigend sein im Interesse unserer Partei. Stärkung des imperialistischen Gedankens in allen Kreisen, Fortführung einer volkstümlichen Politik sei auch in Zukunft die Richtschnur der politischen Arbeit.

Gewerbebestand und Reichstag.

Vom Hanfa-Bund wird uns geschrieben:
Die letzten Etatsverhandlungen im Reichstag haben wiederum eine umfassende Behandlung der Forderungen des deutschen Gewerbebestandes mit sich gebracht. Es ist erfreulicherweise festzustellen, daß der Gedanke der stärkeren Berücksichtigung der praktischen Wünsche von Industrie, Handel und Gewerbe immer mehr in den parlamentarischen Erörterungen hervorritt.

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands macht diesen erfreulichen Vorgang nur erklärlich.
Im Jahre 1880 betrug die Einfuhr 2.8 Milliarden,
1912 10.60 „
Die Ausfuhr betrug im Jahre 1880 2.92 „
1912 8.5 „
Nach den bisherigen Schätzungen werden sich im Jahre

1913 Ausfuhr und Einfuhr weiter erhöhen. Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands im Vergleich zu unsern größten Konkurrenzländern: Frankreich, England und den Vereinigten Staaten ergibt, daß Deutschland im Jahre 1891 mit seinem Gesamtstand mit Frankreich und Amerika auf einer Stufe stand und vom britischen Gesamtstand um 75 Proz. überflügelt wurde. Heute hat Deutschland Frankreich und die Vereinigten Staaten weit übertrifft und ist dem britischen Gesamtstand nahegerückt.

Hand in Hand damit zeigt das Bild des inneren Marktes eine Steigerung der Produktion in Bergbau und Landwirtschaft, sowie eine erhebliche Zunahme des Verkehrs. Die Getreideproduktion hat sich seit 1880 fast verdoppelt. Von den Leistungen der Montanindustrie sei erwähnt, daß im Jahre 1891 73.7 Millionen Tonnen Steinkohlen, im Jahre 1913 174.9 Mill. Tonnen gefördert wurden. An Eisenwaren wurden fast 10.7 Mill. Tonnen im Jahre 1891 27.2 Mill. Tonnen gefördert. Die Rohseifenproduktion hat sich seit dem Jahre 1891 beinahe verdreifacht. Der Güterverkehr ist in den letzten Jahren auf das Dreifache gestiegen.

Dieser Vorgang, auf welchem auch die finanzielle Grundlage des deutschen Reiches in erster Linie beruht, führt natürlich von selbst dazu, immer weitere Kreise vor allem auf dem industriellen und gewerblichen Leben und den dieses berührenden parlamentarischen Aktionen zu interessieren.

Ein Abgeordneter, welcher heute offen und rückhaltlos für die berechtigten Wünsche von Industrie und Gewerbe eintritt, wird der sicheren Ueberzeugung sein können, daß weitestgehende Kreise des Gewerbebestandes bei den Wahlen ihm hierfür Dank wissen werden. Die Zeiten sind vorüber, wo nur mit einer gewissen Knechtschaft und Zöghaftigkeit industrielle Forderungen und Interessen vertreten wurden. Wenn auch nach der Richtung hin noch vieles zu tun übrig bleibt, so zeigen doch gerade die letzten Verhandlungen des Reichstags erfreuliche Fortschritte nach der Richtung einer Beeinflussung der Wirtschaftspolitik in Industrie und gewerbefreundlichem Sinne, und zwar auch in der Richtung der Ziele des Hanfa-Bundes.

Der Gewerbebund hat vor allem darauf Gewicht gelegt, daß zunächst einmal formale Einrichtungen geschaffen wurden, um den Einfluß von Industrie, Handel und Gewerbe im Reichstag zu vergrößern. Zu dieser Frage haben, entsprechend den Wünschen des Industrieverbands des Hanfa-Bundes, die Abgeordneten Spahn und Wassermann zu Gunsten der Durchführung des § 26 der Geschäftsordnung des Reichstags, d. h. der Einführung einer Kommission für Handel und Gewerbe, Stellung genommen. Auch darf man erwarten, daß sich die Reichsregierung immer mehr davon überzeugen wird, daß auch der Ausbau des wirtschaftlichen Auswärtigen, die stärkere Veranlagung geeigneter Sachverständiger auch aus dem Handwerk und ein offenes Einberufen des Auswärtigen des praktischen Bedürfnisses entsprechen würde.

Die Abgeordneten Bartisch und Reinalt haben sich für die umgehende Aufnahme des Scheiters, besonders im Interesse des Mittelstandes, ausgesprochen und es wäre nur zu wünschen, daß — zumal es sich nur um einen Finanzausfall von gegen 2 Millionen handelt — die Reichsregierung hieran alsbald Stellung nimmt.

Die reichsgefällige Regelung des Submissionswesens, die den Wünschen weiterer Kreise von Industrie, Handel und Handwerk, ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit, entspricht, hat ebenfalls in den Kreisen des Reichstags lebhaften Anklang gefunden.

Was die allgemeine Wirtschaft- und Handelspolitik angeht, so haben die Verhandlungen, besonders die amtlichen Darlegungen ergeben, daß der vom Bund der Landwirte immer noch propagierte Schutz des Zolltarifs wohl kaum Aussicht auf Verwirklichung hat. Die vom Bund der Landwirte geäußerten Forderungen, n. a. Kartoffeln, Obst, Gemüse, Getreide, Milch, Rahm, etc., etc., angehend, würden in der Hanfische nicht mal den Produzenten erheblichen Nutzen bringen, aber den Konsum und vor allem weite Kreise des Mittelstandes, des Handels, der Angestellten und Arbeiter schwer und von neuem treffen. Die Zeitung des Hanfa-Bundes ist sich in allen ihren Teilen darüber einig, daß der lächerliche Zolltarif von dieser Seite rückhaltlos Bekämpfung finden würde. Im Interesse des Gärtnereigewerbes und der Kleinbauern sollte man aber daran denken, wo es erforderlich ist, mit staatlichen Subventionen einzugreifen, wie dies auch seitens des Hanfa-Bundes in der Frage der Förderung der deutschen Seefischerei mit Erfolg verlangt wurde.

Erfreulicherweise haben auch die Verhandlungen im Reichstag zu einer offenen Anerkennung der freislandwirtschaftsfreundlichen Haltung des Hanfa-Bundes geführt, welche seitens der Initiatoren des Bundes der Landwirte naturgemäß in Zweifel gezogen wurde, und mit welcher gegen den Hanfa-Bund, besonders auf dem Lande, von dieser Seite gearbeitet worden ist. Die Erklärung des Vertreters des Deutschen Bauernbundes im Reichstag wird solchen Manövern ein für alle Mal erfolgreich entgegengehalten werden können. Hanfa-Bund und Bauernbund werden auf wichtigen Wirtschaftsgebieten geschlossen vorgehen können.

Es sei hier somit, daß die ruhige und stetige Organisations- und Aufklärungsarbeit, die der Hanfa-Bund anwendet, um die Gleichberechtigung von Industrie, Handel und Gewerbe zu erlangen, immer mehr auf fruchtbaren Boden fällt. Noch vieles bleibt zu tun übrig; aber der Grundgedanke des Hanfa-Bundes, die Einigung aller Gewerbestände auf der Basis der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen und einer vorwärts gerichteten bürgerlichen Entwicklung befindet sich fest auf dem Marsche.

Kurze politische Nachrichten.

Nationalliberaler Antrag.
Die Nationalliberalen beantragen im Abgeordnetenhaus, es möge der Regierung ein Fonds von 100

Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, um Staatsdarlehen zur Erwerbung und Errichtung von Klein- und mittelbäuerlichen Betrieben in Landkreisen zu gewähren. Bei einem Stellenwert bis zu 10.000 Mark soll das Staatsdarlehen neun Zehntel dieses Wertes betragen, über 10.000 Mark sechs Zehntel des übersteigenden Betrages. Der Antragsteller hat seine Befähigung zur selbständigen Führung eines Betriebes nachzuweisen und muß im Besitz eines ausreichenden Barvermögens sein.

Aus dem elsaß-lothringischen Landtag.

Aus Straßburg droht man uns: Der neue Staatssekretär, Graf v. Höder, stellte sich gestern Nachmittag dem elsaß-lothringischen Landtag bei dessen Eröffnung mit folgenden Worten vor:

Meine Herren! Indem ich die Leitung des elsaß-lothringischen Ministeriums und in diesem Ministerium insbesondere der Abteilung des Innern übernommen habe, liegt es mir ob, heute mit einigen Worten in diesem hohen Hause eine Vorlage einzubringen, an der alle Anstrengungen des Ministeriums interessiert sind. Es handelt sich um eine Frage der Befähigung und um die finanzielle Frage der Deckung eines entstandenen Mehrbedarfs. — Weiter berührten ganz besonders sympathisch folgende Worte: Zur Entwicklung eines neuen Programms liegt kein Anlaß vor. Die allgemeinen Richtlinien der Politik bestimmt der Herr Statthalter, und ich betrachte es als eine besonders göttliche Fügung für mich, daß mir diese Richtlinien vorgezeichnet sind und vorgezeichnet werden von Seiner Exzellenz dem Statthalter Grafen v. Wedel. Seine Intentionen sind Ihnen allen bekannt. Nach diesen Intentionen habe ich mich zu richten und werde es freudigen Herzens tun. Der Wunsch nach einer etwas allgemeineren Erörterung findet seine Begründung vielleicht auch in der Absicht, mich etwas näher kennen zu lernen. Nun, nach dieser Richtung hin habe ich keine Sorge. Wir werden uns bald kennen lernen bei einer anderen Gelegenheit, in der Erörterung allgemeiner Fragen, im Kampfe der Meinungen, der uns gegenseitig zu größerer Klärung wichtiger prinzipieller Fragen führen soll. Für diesen Kampf der Meinungen erlaube ich mir heute, einem Wunsch und einem Versprechen Ausdruck zu geben: er möge stets getragen sein von der Überzeugung, daß auch der andere nur das Beste des Reiches und dieses Landes, wenn auch vielleicht auf verschiedenen Wegen, erstrebt. Ich für meine Person kann Ihnen die Erklärung abgeben, daß ich von dieser Überzeugung ausgehend in jede Verhandlung eintreten werde. — Dann trat das Haus in die zweite Lesung des Etats ein.

Präsidentenwahl in Kolumbien.

Nach einer Depesche aus Bogota ist Vicente Gomez zum Präsidenten gewählt worden.

Demission des argentinischen Kabinetts.

Man meldet aus Buenos Aires: Das Ministerium hat demissioniert. Die Kammer hat den Staatspräsidenten Penna auf unbefristete Zeit beurlaubt.

Beschlagnahme der Selbstordnungen in Veracruz.

Aus New-York wird gemeldet: Die mexikanische Regierung beschlagnahmte alles Brennöl in Veracruz, das der Mexican Eagle Co. gehörte und für die britische Mexican Railway bestimmt war. Letztere sowie die Inter-oceanic-Bahn müssen binnen einer Woche den Betrieb einstellen, falls sie nicht eine neue Sendung von Lampen erhalten. Das Gericht geht, Quarta werde die Zölle auf die amerikanische Einfuhr verdoppeln.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 11. Februar.

Kaufmannsgericht und Gewerbegericht im Jahre 1913.

Das Kaufmannsgericht und das Gewerbegericht verstanden ihren Geschäftsbericht über ihre Tätigkeit im Jahre 1913. Vorsitzender beider Gerichte war während des Jahres der Beigeordnete Borgmann, 1. Stellvertreter Bürgermeister Travers und 2. Stellvertreter Beigeordneter Körner.

Ohne Zugabe von Beisitzern wurden vor dem Kaufmannsgericht 44 Sitzungen, sogenannte Sühnetermine, mit Zugabe von Beisitzern 10 Sitzungen — Spruchsitzen — abgehalten. Im ganzen waren 119 Streitigkeiten zu erledigen; 79 davon wurden vor dem Vorsitzenden allein, und zwar 18 durch Vergleich, 5 durch Zurücknahme der Klage, 18 durch Versäumnisurteil und 43

auf andere Weise erledigt. Vor befehltem Gericht kamen 28 Streitfälle zur Verhandlung; 5 kamen durch Vergleich, 18 durch Endurteil und 5 auf andere Weise zur Erledigung. Unerledigt blieben am Jahreschlusse 7 Fälle. Von den anhängig gewordenen Sachen betrafen 7 Rechtsstreitigkeiten von Kaufleuten gegen Handlungsgehilfen und Lehrlinge sowie 112 Rechtsstreitigkeiten von Handlungsgehilfen und Lehrlingen gegen Kaufleute. Die Rechtsstreitigkeiten betrafen: Eintritt, Fortsetzung und Auflösung des Dienst- oder Lohnverhältnisses, Ausbändigung und Inhalt des Zeugnisses in 2 Fällen, Bestrafungen aus dem Dienst- oder Lehrverhältnis in 48 Fällen, Rückgabe von Sicherheiten, Zeugnisse, Legitimationspapieren usw. in 6 Fällen, Ansprüche auf Schadenersatz oder Zahlung einer Vertragsstrafe wegen Nichterfüllung oder nicht gehöriger Erfüllung der Verpflichtungen, sowie wegen geschäftlicher oder unrichtiger Eintragungen in Zeugnissen, Krankenbuchs oder Cuttingsarten der Invalidenversicherung in 53 Fällen. Im Berichtsjahre wurde in drei Sachen Berufung eingelegt. Zwei Sachen schweben gegenwärtig noch, in der anderen Sache wurde das Urteil des Kaufmannsgerichts bestätigt. Von den Rechtsstreitigkeiten wurden 34 in weniger als einer Woche, 26 in zwei Wochen, 21 in einem Monat und 20 in drei Monaten erledigt und nur eine Streitfache erforderte mehr als drei Monate zu ihrer Behandlung. Als Einigungsamt wurde das Kaufmannsgericht nicht angerufen. Gutachten wurden nicht abgegeben und Anträge nicht gestellt. Die Geschäfte des Kaufmannsgerichts haben seit einer Reihe von Jahren ungefähr den gleichen Umfang.

Vor dem Gewerbegericht wurde ohne Zugabe von Beisitzern in 49 und mit Zugabe von Beisitzern in 13 Sitzungen verhandelt. Die Zahl der Streitigkeiten betrug 408. Davon wurden vor dem Vorsitzenden allein 417 erledigt, und zwar 100 durch Vergleich, 18 durch Zurücknahme der Klage, 7 durch Anerkenntnis, 38 durch Versäumnisurteil und 254 auf andere Weise. Vor befehltem Gericht wurden 28 Fälle erledigt, und zwar 5 durch Vergleich, 14 durch Endurteil und 9 auf andere Weise. Zu erledigen blieben am Jahreschlusse 7 Fälle. Von den Rechtsstreitigkeiten betrafen 20 Klagen von Arbeitgebern gegen Arbeiter und 448 von Arbeitern gegen Arbeitgeber. Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitern kamen nicht zur Verhandlung. Die Rechtsstreitigkeiten betrafen: 1. Arbeitgeber gegen Arbeitnehmer: Wiederaufnahme der Arbeit in 2 Fällen, Schadenersatz wegen Verlassens der Arbeit in 9 Fällen, Schadenersatz wegen Nichtantritts der Arbeit in 3 Fällen, Fortsetzung beziehungsweise Auflösung des Lehrverhältnisses usw. in 1 Fall, Herausgabe von Sachen in 1 Fall; 2. Arbeitnehmer gegen Arbeitgeber: Eintritt, Fortsetzung und Auflösung des Arbeitsverhältnisses oder Entschädigungen in 188 Fällen, Zahlung rückständigen Lohnes in 290 Fällen, Ausbändigung oder Rückgabe von Zeugnissen usw. in 6 Fällen, Herausgabe von Gerätschaften, Arbeitszeugnissen usw. in 1 Fall, Fortsetzung oder Auflösung des Lehrvertrags usw. in 2 Fällen. Auf die einzelnen Gewerkschaften verteilten sich die Klagen wie folgt: Baugewerbe 86, Gast- und Schankgewerbe 171, Handlungsgewerbe 19, Fabrikbetriebe 20, Aufzuggewerbe 32, Nahrungs- und Genussmittel 51, Bekleidungsindustrie 35, Solzgarbeitergewerbe 10, Metallarbeitergewerbe, 5, Gärtner 7, sonstige Gewerbe 60. Diese Rechtsstreitigkeiten wurden erledigt: in weniger als einer Woche 186, in einer bis (auschließlich) zwei Wochen 161, in zwei Wochen bis (auschließlich) einem Monat 58, in einem Monat bis (auschließlich) drei Monate 34, in drei Monaten und mehr 5. Im Berichtsjahre wurde in keiner Sache Berufung eingelegt. Im abgelaufenen Jahre wurde das Gewerbegericht fünfmal als Einigungsamt in Streitigkeiten angerufen, die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Maschinenbau, Tiefbau- und Malergewerbe entstanden waren. In 4 Fällen waren die Einigungsverhandlungen von Erfolg begleitet, im anderen Falle einigten sich die Parteien vor Eintritt in die Verhandlung vor dem Einigungsamt. Gutachten wurden nicht eingefordert und Anträge nicht gestellt. Die größte Zahl der Klagen wurde mit 649 im Jahre 1909 vor dem Gewerbegericht verhandelt; seitdem hat die Zahl dauernd abgenommen und betrug, wie schon angeführt, in diesem Jahre nur 453.

Petitionen an das Abgeordnetenhaus. Das zweite Verzeichnis der beim Hause der Abgeordneten eingegangenen Petitionen verzeichnet u. a. folgende Eingaben: Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau in Wiesbaden: Andere Festsetzung der Gewerbesteuer; Verein für das mittlere Schulwesen in Wiesbaden: Gekürzte Regelung der Befolgung der Leiter, Lehrer und Lehrerinnen an den

mittleren Schulen; pensionierter Lehrer Wastner in Wiesbaden: Abänderung des § 20 Abs. 2 des Lehrerpensionsgesetzes; Hilfsgerichtsvollzieher Muisch und Genossen in Wiesbaden: Schaffung etatsmäßiger Stellen für Hilfsgerichtsvollzieher.

Städtebilder im Eisenbahnhause. Wie mehrfach mitgeteilt, schmückt die preussische Eisenbahnverwaltung die Abteile der Züge mit Städtebildern, und auch Wiesbaden befindet sich unter den Städten, die zu Nassauwecken und natürlich auf ihre Kosten solche Bilder zum Schmuck der Eisenbahnwagen hergeben. Im ganzen sind bis jetzt zehntausend Bilder in den Wagen angebracht worden. Die sächsischen und die württembergischen Bahnen sind dem preussischen Vorbild gefolgt, die württembergischen allerdings nur mit Photographien. In Sachsen finden die Bilder allzu begeisterte Bewunderer und werden häufig von diesen mitgenommen. Die Bahnverwaltung hat deshalb Verordnungen von je 50 Mark für die Ergreifung solcher Bilderliebhaber erlassen.

Beim Rodeln verunglückt. Gestern Nachmittag kurz vor 5 Uhr verunglückte beim Rodeln im Teufelsgraben an einer Krümmung der fünfzehnjährige Schüler Malinowski, der Sohn des Inhabers des Hotels „Waldau“, Saalgasse 34. Der Knabe zog sich einen Schädelbruch zu und wurde von der Sanitätswache nach dem Krankenhaus gebracht. Das Rodeln an der betreffenden Stelle ist verboten und der Unglücksfall mag von neuem für Bagatelle als Warnung dienen; er sollte aber auch der Behörde Veranlassung geben, die Frage zu prüfen, ob sich nicht durch geeignete Maßnahmen dergleichen Unfälle vermeiden lassen. Zunächst sollten gefährliche Stellen nicht bloß als Rodelbahnen verboten, sondern auch für diesen Zweck unbrauchbar gemacht werden, und weiter wäre zu prüfen, ob die an der Unglücksstelle stehenden Bäume, an denen sich der Verunglückte seine schwere Verletzung zugezogen hat, nicht entfernt werden können. Gerät ein Rodler dann einmal aus der Bahn, so ist das mit keinerlei Gefahr für ihn verbunden, da er dann mit seinem Schlitten ins offene Feld fährt.

Kindsmord? Dieser Tage entdeckte eine in der Walsraustraße wohnende Frau Blumhagen in dem Zimmer eines bei ihr wohnenden Mädchens. Während dieses ausgegangen war, hielt sie nähere Umschau in dem Räume und entdeckte dabei, in eine Schürze eingewickelt, die Leiche eines neugeborenen Kindes. Sie nahm das Mädchen ins Bett und suchte es zu veranlassen, sich mit der Leiche ins Krankenhaus zu begeben. Das Mädchen trat auch den Weg dorthin an, ist jedoch im Krankenhaus nicht gesehen worden und seit zwei Tagen fehlt jede Spur von ihm.

Verdächtige Telefongespräche. Der Frankfurter Polizeistand in den letzten Tagen wiederholt Mitteilungen von eigentümlichen Telefongesprächen gemacht worden. Bei den Telefoninhabern wird angefragt, wann die Herrschaft zu Hause wäre, da das Aufstehen des Telefon nachhaken wolle. Es hat sich herausgestellt, daß diese Anfragen vom Aufstehensamt nicht ausgegangen sind, und man vermutet deshalb, daß ein moderner Einbrecher auf diese Weise ausfindig machen will, wann in der betreffenden Wohnung die Leute nicht zuhause sind. Bis jetzt ist es nicht gelungen, den Mann zu ermitteln. Bei Telefongesprächen mit Unbekannten ist also Vorsicht geboten.

Der 19. kirchlich-soziale Kongress findet vom 21. bis 23. April in Wiesbaden, in den Räumen der Kasino-gesellschaft, Friedrichstraße 22, statt. Die Eröffnungssprache hält der Präsident der Freien kirchlich-sozialen Konferenz, Geheimrat Professor Dr. Dr. Seeberg aus Berlin. Die Hauptthemen sind: „Bildung und Christentum“, Referent Dr. Lepsius aus Potsdam, und „Die Notwendigkeit der Verneuerung des deutschen Bauernstandes mit Rücksicht auf die Erhaltung der Volks- und Wehrkraft der Gesamtbevölkerung“, Referent Prof. Dr. Dade aus Berlin, Generalsekretär des Deutschen Landwirtschaftsrates. Die erste Kommission stellte das Thema „Die Ausbreitungsbewegung“ auf, die dritte Kommission wählte „Die Sonntagsruhe“ und „Die evangelisch-soziale Schule“, die vierte „Großstädtische Vermögensfragen und Sittlichkeit“, die fünfte (für die Frauenfrage) „Weibliche Vormundenschaft“.

Gerichtliche Immobilienversteigerungen. Vor dem Amtsgericht fanden am Montag vier Immobilienversteigerungen statt. Auf das Wohnhaus Karstraße 21 bot der Rentner Karl Böhr in Weimar 31.100 M. Der Zuschlag blieb ausgelegt. Wohnhaus Bergstraße 1 in Dohheim. Das Höchstgebot mit 28.28 M. bot rührte von Maurer August Müller, Dohheim, Rheinstraße, her. Der Zuschlag wurde erteilt. Aber an der Dohheimer Straße: Weibsbietender blieb der große Fortschrittsverein. Die Zuschlagserteilung blieb ausgelegt. Wohnhaus Bergstraße 3 in Dohheim: Das höchste Gebot rührte her von der Witwe des Majors Alfred Stephan, die Inhaberin einer Hypothek in Höhe

Die Herrin von Perikori.

Original-Roman von Hans Becker, Wiesbaden.

(22. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Er schwebte und sann ein Weibchen vor sich hin, plötzlich blieb er stehen und erarrt Hannas Hand: „Wissen Sie, was mir einfällt, Baroness? Das wäre etwas für Sie. Ich kenne Sie doch, Sie haben keine Furcht.“ Sie begriff nicht, was er meinen konnte, fragte verwundert: „Für mich?“

„Ja, für Sie. Schade, daß Sie nicht — aber das würde sich machen, wenn Sie nur wollen.“ Ohne sie noch zu einem weiteren Wort kommen zu lassen:

„Sie haben sich doch einmal beklagt, daß Sie so gar keinen Lebenszweck, nichts zu tun hätten — hier wäre etwas: Möchten Sie nicht die Rolle übernehmen?“

Sie wollte sagen: Sie sind wohl wahnsinnig. Das Anerbieten konnte wirklich keinem gesunden Hirn entspringen, wäre doch sonst eine Verleumdung gewesen, die sie nicht hätte verzeihen dürfen.

Sie schwieg jedoch, maß ihn nur mit solchen Blicken.

Er ließ sich nicht einschüchtern: „Wie denken Sie darüber?“

„Nein, antwortete sie doch.“

„Was ich darüber denke? Daß Sie nicht Ihre Sinne beisammen haben, Herr Vollen. Ich bitte Sie, mich meinen Weg allein gehen zu lassen.“

Als ob er ihre Worte nicht gehört, sagte er:

„Auch der Hund müßte mitkommen. Der springt Ihnen nach, rettet Sie — ich geben Ihnen mein Wort: ein prachtvoller Effekt.“

Es klang hart erregt, als sie jetzt hervorrief:

„Sie vergessen sich ganz und gar, Herr Vollen. Sie sprechen mit der Baroness Thurlander, nicht mit Ihresgleichen.“

Sie rief Das und wollte sich schnell entfernen, Vollen sah nach ihrem Handgelenk und hielt sie zurück.

„Weichen Sie, Baroness, was hat Sie denn so außer sich gebracht. Doch ich Ihnen schauwunderliches Talent antraue? — Ist das so schlimm? Oder leben Sie noch in der düstern Befangenheit mittelalterlicher Zeiten?“

Dann wäre ich ja ein Verfechter, mit dem Sie kein Wort sprechen dürfen.

Ich bin bisher aber sehr stolz gewesen auf das, was ich bin und was ich kann, sollte ich durch Sie eines anderen belehrt werden? Bitte, wollen Sie mir nicht erklären —“

Sie zerrte an ihrer Hand, um frei zu kommen. Sie war während über ihn und über sich.

Sie hatte ihre Worte nicht bedacht, ihn nicht beleidigen wollen — gegen ihren Willen war das geschehen. Sie suchte sich zu beherrschen:

„Lassen Sie mich los. Ich habe das nicht so gemeint.“

Sie wollte ihn nicht beleidigen —

„Haben's aber doch getan. Dafür müssen Sie mir Genugung geben.“

Er lachte wieder.

„Schließen sollen Sie sich nicht mit mir, trotzdem ich glaube, daß Sie auch davor nicht zurückstehen würden. Für so tapfer halte ich Sie — nur tun sollen Sie, was ich mir angedacht, worum ich Sie gebeten.“

Er hatte ihre Hand losgelassen, sich jedoch so vor sie hingestellt, daß er ihr den Weg versperrte.

„Wollen Sie mich anhören? Sie sind die Baroness Thurlander. Das hielten Sie für nötig, mir zu sagen, trotzdem ich es wußte.“

Diese hochstehende Dame fühlte sich getränkt, weil ich ihr zugemutet —

„Wissen Sie, was bei der ganzen Sache das Isolierste ist: mein Vertrauen zu Ihnen. Ein Vertrauen, das nicht zweifelt, ob Sie können werden, was ich von Ihnen verlange.“

Begreifen Sie — können —

Denn wenn Sie das können, sind Sie eine Künstlerin. Antworten Sie mir jetzt nicht, nein. Denken Sie darüber nach. Ich schicke Ihnen das Buch. Lesen Sie es durch, studieren Sie darin, ich hole mir Bescheid.“

Wollen wir morgen zusammen reiten, ja. Also bis morgen —

Er reichte ihr die Hand und ging zu seinem Auto zurück. Sie blieb stehen, ohne zu wissen, was geschehen.

Verdunst, verblüfft, ganz verwirrt.

In ihr klangen seine Worte nach. Nicht die letzten, die er gesprochen — sie wußte nicht einmal, ob sie darauf geantwortet, ob sie zugesagt, mit ihm zu reiten — das andere, die kurze Rede, die er ihr gehalten, hatte sie ergriffen: von dem Vertrauen, das er zu ihr hatte, von Kunst und Können.

Ein Erinnern war dabei in ihr aufgestiegen: der Nachklang etwas schon einmal Gehörten, der Ton davon. Seine Stimme hatte geklungen wie damals, in Perikori, als er

sagte: Sie könnten einen vernünftigen Menschen aus mir machen.

Als sie nach Hause kam, fand sie auf dem Tisch ihres Zimmers ein Heft. Ohne den Hut abzulegen, setzte sie sich und blätterte darin.

Der Titel lautete: Der Abgrund — Schauspiel in drei Akten. In dem Personenverzeichnis war ein Name rot angezeichnet: Gräfin Nina Oesterland. Sie verstand, daß das die ihr zugeordnete Rolle war.

Zum dritten Male schon hatte sie gelesen. Erst nur den Inhalt durchgesehen, dann Seite für Seite. Ertrug sie sich dabei, daß ihre Lippen sich bewegten, als ob sie den Worten den Gedanken, die jene Gräfin Nina von Oesterland zu sagen, auszusprechen hatte, Form geben wollten.

Sie sah sich auf dem rasenden daherkommenden Pferde. Ein Sprung — die Wellen schlugen über ihr zusammen, doch ehe ihr die Besinnung schwand, ein letztes Aufblicken: Daß — neben ihm der Kopf eines Mannes — Vollen.

Durch das Haus lärmte der Gong, rief zu Tisch. Sie hatte keine Lust, jetzt unter Menschen zu gehen, das tägliche Gepräch über Muffl anzuhören. Sie klingelte nach ihrer Jungfer und ließ sich abmelden.

Sie dachte erst jetzt daran, sich umanziehen, ihr Strahlenkostüm mit einem weichen Schlafrock zu vertauschen. Dann sah sie wieder wie vorher, das Buch lag vor ihr auf dem Tisch.

Mit heißen Wangen, den Kopf in die Hände geküßt, starrte sie darauf hin.

Gedanken kamen und gingen.

Was hatte er von ihr verlangt: sie, die Baroness Thurlander, sollte sich dazu hergeben, eine Filmschauspielerin zu werden.

Als etwas Hohes, Künstlerisches hatte er das hingestellt. Nicht, als ob sie damit einen Schritt abwärts tue, sondern als ob er sie an sich heraufzöge zu einer ihr bisher verbotenen Höhe.

Sie wollte höhnisch aufachen, es gelang ihr nicht. Immer wieder hörte sie seine Stimme — so weich, so warm — plötzlich sprang sie auf, trat vor den Spiegel: ihr Bild wollte sie sehen. Wie vorher bewegten sich ihre Lippen, „paar Worte der Rolle wollte sie sprechen, sich sprechen lassen.“

Doch statt der Worte, die sie vom Papier abgelesen, die sich sich einzuprägen versucht, sagte sie willenlos vor sich hin:

„Ich liebe ihn, ich muß tun, was er verlangt.“

„Ich war diese Erkenntnis in ihr erwacht. (Fortf. folgt.)“

Vizepräsident Dowe: Sie dürfen dem Reichsgesundheitsamt nicht unterstellen, daß es unter dem Einflusse politischer Rücksichten falsche Gutachten erstatte.

Abg. Frommer (kons.): Leider ist es immer noch nicht gelungen, den Erreger der Maul- und Klauenseuche festzustellen. Jedenfalls steht es fest, daß die Krankheit seit Jahrzehnten immer aus dem Auslande eingeschleppt wird. Die Sperre wird scharf durchgeführt werden müssen, auch die Sperre im Inlande. Die Abschachtung des ganzen Viehbestandes hat sich in vielen Fällen bewährt. Der Redner befürwortet eine Resolution, wonach in den nächsten Etat weitere größere Mittel für die wissenschaftliche Erforschung der Maul- und Klauenseuche eingebracht werden sollen.

Abg. Rumm (wirtsch. Ver.): Die sozialdemokratischen Forderungen betreffs des Krankenpflegepersonals sind in den evangelischen Anstalten zum größten Teil schon längst erfüllt. Die Anpreisung der sogenannten Engländermittel müsse unterdrückt werden. Bedauerlich ist es, daß das Deutsche Reich auf der Berner Konferenz die Fürsorge für die Jugendlichen in ihrer Entwicklung zurückließ.

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Baum: Im vorigen Jahr haben wir im Reichsgesundheitsamt zusammen mit sachverständigen Interessenten des Gebammengewerbes einen Entwurf von einheitlichen Grundrissen aufgestellt. Der Entwurf wurde dem Staatssekretär vorgelegt, der jetzt wieder mit der preussischen und den anderen Bundesregierungen über eine einheitliche Regelung verhandelt. Wenn einzelne Bestimmungen des Reichsversicherungsgesetzes noch auf dem Papier stehen, so muß man sich an die betreffenden Ämter und Verwaltungsstellen oder auch an die Landesparlamente wenden. Auch ist die private Wohltätigkeit für Säuglinge und Wöchnerinnen nicht zu vergessen. Es ist wohl besser, wenn wir unser Volk mit frischem als mit Gefrierfleisch versorgen. Die Maul- und Klauenseuche ist in letzter Zeit glücklicherweise wieder zurückgegangen. Für weitere Absperung und andere Maßnahmen kommt in erster Linie das preussische Landwirtschaftsministerium in Betracht.

Abg. Thumann (l.) hält ein Obst- und Malzweingeist für notwendig.

Ministerialdirektor v. Jonquieres: Ein Malzweingeist ist heute dem Bundesrat zugegangen.

Abg. Jädel (Soz.) spricht für Heimarbeit, besonders in der Spitzenindustrie.

Abg. Vitz (natl.): Ein schwerer Mischstand bei der Spitzenindustrie ist das Durchgehen des Adens mit dem Munde. Dafür muß ein mechanischer Ersatz geschaffen werden.

Abg. Poppig (Str.) bepricht Mischstände in der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

Abg. Vogt - Kreisheim (kons.): Der Weinbau bedarf lebhafterer Unterstützung bei der Bekämpfung der Reblaus. Gegen fremde Beine und gegen Verfälschung von Honig ist eine scharfe Kontrolle notwendig.

Ministerialdirektor v. Jonquieres: Das Nahrungsmittelgesetz wird revidiert werden. Bis dahin muß der Bundesrat Normativbestimmungen über die Beschaffenheit der Nahrungsmittel erlassen.

Abg. Birme (fortsch. Sp.): Wegen des Knipsfischerweises muß kräftig eingeschritten werden. Ebenso gegen die Gefundeberei.

Der Schluß der Debatte über das Reichsgesundheitsamt wird unter Beifall beschloffen. Die sozialdemokratische Resolution auf reichsgesundheitliche Regelung der Verhältnisse des Krankenpflegepersonals wird abgelehnt.

Die anderen Resolutionen werden angenommen.

Mittwoch 1 Uhr Weiterberatung. — Schluß 7 1/2 Uhr.

Landtagsverhandlungen.

(Telegraphischer Bericht der „Wiesbadener Zeitung“.)

Abgeordnetenhaus.

h. Berlin, 10. Febr. 1914.

Am Ministertisch: Minister des Innern v. Dallwig. Präsident Graf von Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation des Abg. Porisch (Str.) und Genossen, in der angefragt wird, ob die Regierung Auskunft geben kann über den Unfall, der am 4. Februar zwei Reichstagsabgeordneten auf dem Wege zum Reichstag infolge Heberfahrens durch ein Automobil zugefallen ist, und wie die Regierung der zunehmenden Gefahr durch Autounfälle entgegenwirken will.

Abg. Frhr. v. Steinacker (Str.) begründet die Interpellation und gibt eine Darstellung des Unfalles, der die Zentrumsabgeordneten Pütz und Sebel betroffen hat. Die Zahl der Autounfälle nimmt in erschreckender Weise zu. Im Jahre 1911/12 betrug zum Beispiel die Gesamtzahl der Getöteten und Verwundeten 3048 Personen. Die Schuld tragen in den meisten Fällen die Autofahrer. Die Autofahrer glauben ihre Schuldigkeit getan zu haben, wenn sie ihre Sinne erlösen lassen. Die Autos werden von den politischen Organen nicht genügend kontrolliert. Bei der Prüfung der Chauffeure muß mit möglicher Strenge vorgegangen werden. Sehr häufig ist die Staubplage, die durch die Autos hervorgerufen wird. Die gefahrliehen Maßnahmen müssen so scharf wie möglich angewendet werden.

Minister des Innern v. Dallwig: Auch ich gebe meinem Bedauern über den Unfall der beiden Reichstagsabgeordneten Ausdruck. Glücklicherweise ist im Befinden des Herrn Abg. Pütz eine wesentliche Besserung eingetreten, während das Befinden des Herrn Abg. Sebel noch zu besorgniserregend ist. Ein vom Regierungspräsidenten eingehender Bericht ist vor einigen Tagen eingegangen, es wird aber noch das Ergebnis des eingeleiteten Strafverfahrens abzuwarten sein. In Berlin ist im Verhältnis zu den anderen Reichstädten die Zahl der allgemeinen Unfälle verhältnismäßig gering. Im Jahre 1909 sind von 1 Million Einwohner durch Fahrzeuge aller Art im Straßenverkehr verletzt worden in Berlin 1670, in London 2765 und in Paris 7724 („Hört, hört!“). Von diesen Verletzten sind getötet in Berlin 56, in London 92 und in Paris 280 Personen! Zu dem Reichsgesundheitsamt über den Kraftwagenverkehr vom Jahre 1909 sind vom Bundesrat eingehende Ausführungsbestimmungen getroffen worden. Die inzwischen gesammelten Erfahrungen haben eine Änderung mancher Bestimmungen nahe gelegt. Ich habe deshalb zusammen mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten bei dem zuständigen Reichsamt den Antrag auf Revision der Bundesratsbestimmungen gestellt, und die Verhandlungen darüber sind bereits vor einigen Tagen in Angriff genommen worden. Dabei sind die in diesem Hause zur Sprache gekommenen Einzelwünsche berücksichtigt worden. Die Schnelligkeit in geschlossenen Ortschaften soll 15 Kilometer nicht überschreiten; Ausnahmen können indessen zugelassen werden. Die für Berlin und einzelne größere Städte festgesetzte Erweiterung der Schnelligkeitsgrenze auf 25 Kilometer beruht auf sorgfältigen Untersuchungen. Wir haben überall in Berlin Doppelpatrouillen mit Stoppschildern, die fortgesetzt die Kontrolle versehen. Für das Jahr 1913 ist die Zahl der Unfälle durch Kraftfahrzeuge trotz der Vermehrung der Wagen erheblich zurückgegangen, nämlich auf 40 tödliche Unfälle, die auch bereits im Jahre 1905 vorgekommen sind. Die Regierung wird bemüht sein, den Verkehr der Kraftfahrzeuge in diejenigen Bahnen der Sicherheit zu leiten, auf welche das Publikum berechtigten Anspruch hat. (Lebhafter Beifall.)

Es findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Geisler (kons.): Entbehren können wir die Autos heute nicht mehr, aber die allgrößte Vorsicht ist geboten. Ob hier in Berlin die Geschwindigkeit von 25 Kilometer immer innegehalten wird, erscheint mir zweifelhaft.

Abg. Juch (natl.): Auch wir bedauern den Unfall der beiden Reichstagsabgeordneten und hoffen, daß sie bald wieder genesen werden. So Verkehr ist, da ist naturgemäß auch Gefahr, und die Gefahr reizt sich auch mit dem zunehmenden Verkehr. Das Auto fordert allerdings auch heute noch schon wegen der Staubentwicklung die Kritik heraus. Der letzte Reiz des Behagens ist mit ihm aus dem Straßenverkehr verschwunden. Wer wollte aber deshalb auf die Autos verzichten? Solange wir zu Fuß gehen, schimpfen wir über die Autos, wenn wir aber selbst darin sitzen, ist unser erstes Wort: „Aber recht schnell, Chauffeur!“ Die Statistik des Ministers hat nur einen relativen Wert, weil sie die Unfälle durch alle Fahrzeuge aufzählt. Die

Regierung hat von Anfang an sich Mühe gegeben, allen Forderungen zur Regelung des Verkehrs gerecht zu werden. Dem Polizeipräsidenten v. Jagow muß man zugeben, daß er in Bezug auf die Regelung des Berliner Straßenverkehrs eine sehr glückliche Hand gehabt hat. Wegen früher haben sich die Verhältnisse erheblich gebessert. Wir besitzen ein sehr gut ausgebildetes Fahrpersonal. Die Zahl der Unfälle durch Autos hat abgenommen; dagegen wird vielfach über die Unvorsichtigkeit der Pferdeführer geklagt. Auch für diese müssen sehr strenge Vorschriften erlassen werden. Für den Automobilisten, bis an die höchste Stelle hinauf, muß die Rücksicht auf seinen Nächsten die ausschlaggebende Rolle spielen! Sehr gut wäre es, wenn ein zuverlässiger Geschwindigkeitsmesser eingeführt würde, der die Geschwindigkeit auch nach außen hin erkennen läßt. Das Hauptgewicht muß auf ein einwandfreies Automobilmaterial und auf ausgebildete Chauffeure gelegt werden.

Abg. Rosenow (fortsch. Sp.): Nicht nur in Berlin, auch in den anderen Städten wird über die Autos geklagt. 25 Kilometer sind für Berlin nicht zu viel. Eine Abschaltung der Autos aus dem Verkehr ist doch unmöglich. An den Hauptknotenpunkten regeln die Schenkleute den Verkehr vorzüglich. Aber diese Aufsicht ist nicht überall gleichgültig. Ohne eine Vermehrung der Schenkleute wird sich eine ausreichende Aufsicht nicht durchführen lassen. Zu den Beratungen im Reichsamt des Innern sollte man auch erfahrene Chauffeure und Pferdeführer als Sachverständige heranziehen. Die Einrichtung von Chauffeurschulen muß erwogen werden. Zu klagen ist über das Tempo, in dem die Wagen der Mitglieder des Reichstages fahren. Auch hier müßte die Polizei einschreiten, wenn sie zu schnell fahren.

Abg. Dofer (Soz.): In Berlin gibt es schon gute Chauffeurschulen. Die Chauffeure arbeiten aber unter Schwierigkeiten und ungünstigen Arbeitsbedingungen; sie haben eine lange Arbeitszeit, sind häufig übermüdet, und dadurch erfolgen viele Unfälle. Auch arbeiten die meisten im Afford. Neue Polizeivorschriften und besondere Strafen sind nicht nötig.

Abg. v. Trampczowski (Pol.): Auch außerhalb der Städte würde eine Geschwindigkeit von 30 Kilometer genügen. Dadurch würde auch die Staubplage vermindert werden.

Abg. Frhr. v. Steinacker (Str.): Ich betone nochmals, daß die politischen Vorschriften streng und rücksichtslos angewendet werden müssen. Auch die Zahl der Kontrollen muß vermehrt werden.

Damit ist die Interpellation erledigt, und das Haus setzt die allgemeine Besprechung über den

Etat des Ministeriums des Innern

fort, wobei

Minister v. Dallwig ausführt: Der Abg. Senda hat sich gestern mit der Beschaffung von landwirtschaftlichen ruthenischen Arbeitern beschäftigt. Er hat insbesondere auf den Mangel eines ruthenischen Kanalarers hingewiesen und es so dargestellt, als ob die Tat eines einzelnen Kanalarers allen Ruthenen zur Last zu legen sei. Der Osmarverein ist mit dem ruthenischen Komitee lediglich zur Beschaffung von Saisonarbeitern für die deutsche Landwirtschaft in Verbindung getreten. Wenn der Abg. Senda Briefe mehr privaten Charakters des Herrn v. Thiedemann zur Verlesung gebracht hat, in denen ungünstige Urteile über eine Anzahl höherer Beamter enthalten waren, so wird die politische Seite Herr v. Thiedemann selbst zu verteidigen haben. Wenn aber der Abg. Senda aus einer Äußerung in einem dieser Briefe geschlossen hat, daß die Anwendung des Enteisungsgesetzes infolge eines Drucks des Herrn v. Thiedemann oder des Osmarvereins auf den Landwirtschaftsminister erfolgt sei, so scheint er für die bei der preussischen Regierung bestehende Praxis wenig Verständnis zu haben. Bei so wichtigen Maßnahmen entscheidet das Staatsministerium. Die Anwendung des Enteisungsgesetzes verfuhr zum Teil der Terrorismus der Polen, die ihre Landsleute verbrannten, Güter an Deutsche zu veräußern. Sollten sich die Verhältnisse in der Zukunft nochmals derart zuspitzen, so würde auch von Seiten der Regierung die Enteisung wieder in Anwendung gebracht werden, gleichviel, was Herr v. Thiedemann oder der Abg. Korfauz darüber denken. Im Falle des Herrn v. Jagow habe ich meine Stellung schon bei der ersten Re-

In Biebrich

an der Rheinstraße

Wohn- u. Geschäftshaus

7332 mit Lagerhaus u. großem Hofraum

sehr preiswert zu verkaufen.

J. Chr. Glücklich

Tel. 6656. Wilhelmstr. 56.

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

4084

Erzeugnis deutscher Ansiedelungen.

Es dürfte meine verehrliche Raucher-Kundschaft interessieren, dass ich seit heute eine Auswahl

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

3277

Bei klarem Himmel

sollen mit den größten Fernrohren schätzungsweise 100 Millionen Sterne sichtbar sein. Mit Hilfe des Mikroskops findet man dagegen in fünf Gramm Reichardt-Rakao, also in der zu einer Tasse Getränk verwendeten Menge, etwa 1000mal mehr Lebewesen, also 100.000 Millionen. Eine so feine Verarbeitung ergibt eine Trinktunne, die schon beim Genuß bewirkt, leichtbrennlich ist und ihre stärkende Wirkung alsbald entfaltet.

Reichardt

Rakao enthält dem modernen Daseinskampf neue Möglichkeiten der Energie- und Krafthaltung. Die Beachtung dieser Tatsache ist eine fester Unbedachtlichkeit, die zum wirtschaftlichen Nachteil des Einzelnen wie der Gesamtheit nur allzu oft begangen werden. Die Reichardtmarken sind in den eigenen Verkaufsstellen zu den gleichen Einzelpreisen wie in der Reichardtfabrik erhältlich, in

Wiesbaden: Langgasse 48.

Telefon 2449.

Reichardtlieferung im Städtischen von W. S., nach Vorbestellung von W. S. — an.

Weisse Hände

ZARTE HAUT

frei von Pickeln, Mitesser, Finnen, Ausschlag, Rötten erreicht man durch

Rino-Creme

Bildet vorzüglichsten Schutz gegen jede Unbill der Witterung, dringt beim Verreiben leicht in die Haut ein, in der Kinderstube bewahrt gegen Wundsein.

Sparsam im Gebrauch.

Dose 25 Pf., Tube 50 Pf.

Nur echt mit Firmat

Ed. Schaefer & Co., G.m.b.H. Wiesbaden

Drogerie Siebert, am Schloss.

Zentral-Drog., Friedrichstr. 16.

Drogerie Backs, gegenüb. Kochbr.

Drogerie Otto Lill, Moritzstr. 12.

Schützenhof-Apotheke, Langg. 11.

Viktoria-Apotheke, Rheinstr. 45.

Adler-Drogerie, Bismardring 1.

August Engel, Hoflieferant

Taunusstr. 14. | Wilhelm-, Ecke Rheinstr. | Gegenüber der Ringkirche. | Friedrichstr., Ecke Neugasse.

Deutscher

Scherer

COGNAC

in langen, v. Frankfurt a. M. aus Charente-Wein destilliert

Niederlagen durch Plakate kenntlich

Vertreter für den Engros-Verkauf: Ernst Schade, Biebrich a. Rh. Tel. 354.

lung dargelegt. Ueber seine Beamten hat nur der Vor-
gesetzte zu entscheiden. Es ist seine Sache, ob er ihm seine
Zufriedenheit oder seine Unzufriedenheit zu erkennen
geben will. (Beifall.)

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.): Die geistige Scharf-
macherrede des Herrn v. Kardorff war nur ein zweiter
Aufsatz seiner früheren. Er wollte neue Laiken und Be-
drückungen, sein Wahlrecht, aber ein neues Anzeichen des
Hungertums. Man sollte endlich einmal die Religions-
freiheit des Volkes schaffen. Das Zentrum flüchtet wieder,
daß nicht ein paar Jesuiten draussen sind: Immer rein
damit, auf ein paar mehr kommt es nicht an! Bessern Sie
die Lebensverhältnisse, dann bekämpfen Sie den Geburten-
rückgang! Warum schafft denn das Zentrum das Coelibat
nicht ab? Selbst in der Mann! (Große Heiterkeit.) Nach
den Ausführungen des Abg. Sedda haben die Minister
und hohen Herren bei dem Damarfensverein Nummer 1
Gefallen! Hat der Minister des Innern nicht die Nummer
175. (Stürmische Unterbrechung rechts. Pfuirufe. — Vice-
präsident v. Krause rief den Ausdruck.) Durch die Minis-
terpostkarten ist der Vertrieb wirklich unästhetischer Bilder
zurückgegangen. Ich habe kein Verständnis für das Vor-
gehen des Polizeipräsidenten, wenn er der Freien Volks-
bühne die Aufführung von Oratorien am Charfreitag ver-
bietet. Welche Schritte hat man von Berlin aus gemacht,
um das Hauptmannsche Festspiel in Breslau zu hinter-
treiben? Es war allerdings nicht auf den Ton gestimmt:
„Der König rief, und alle, alle kamen!“, eher auf den Ton:
„Als alle riefen, kam endlich auch der König!“ (Pfuirufe
rechts.) Herr Lauff oder der Janushauer hätten das Fest-
spiel schreiben sollen, dann hätte es oben wohl besser ge-
fallen. Anstatt ernsthafte Künstler zu schädigen, sollte sich
der Senator mehr um die Stille im Residenztheater küm-
mern. Im übrigen arbeitet die Zensur viel zu langsam.
Das Epizelwesen steht noch immer in voller Blüte. Weder
geht in breiter Ausführlichkeit auf das Epizelwesen ein.
Kuppler und Buchhändler, Leute, die jahrelang die
bürgerlichen Ehrenrechte verloren hatten, werden von der
Polizei angefaßt.

Am 7. Uhr, nach viereinhalbständiger Rede, verbreitet
sich Abg. Hoffmann dann über das Vordellunwesen und die
Sittenpolizei. Man sollte die Vordelle verstaatlichen, um
die armen Mädchen vor Ausbeutung zu schützen. Die Mi-
nister müßten Freikarten erhalten.

Vizepräsident Vorck erlaubt dem Redner, solche Be-
merkungen zu unterlassen.

Abg. Hoffmann: Ich meine aber natürlich nur zur
Kontrolle!

Als der Redner um 7 1/2 Uhr auf den Kölner Prozeß
eingehen will, erklärt Vizepräsident Vorck: Mir ist mitge-
teilt worden, daß die Stenographen nicht mehr in der
Lage sind, ihren Dienst zu versehen.

Das Haus vertagt darauf die Weiterberatung auf Mit-
woch 11 Uhr. — Schluß nach 7 1/2 Uhr.

Letzte Drahtnachrichten.

Sehe gegen Deutschland.

Der Pariser „Temps“ macht sich zum Sprachrohr einer
Reihe russischer Blätter, wie der „Nowoje Wremja“ und
anderer, die sich bitter über die deutsche Invasion in Ruß-
land beklagen. Zunächst weisen sie auf die Affären Li-
man u. Sander und Putilow warnend hin, die
geeignet sind, neue Beunruhigung in weitere russische
Kreise zu tragen. Heute wird festgestellt, daß die Schiff-
werft der Putilow-Werke sich vollständig in
deutschen Händen befindet. Der Direktor der Werft
ist ein Deutscher, ebenfalls seine Unterdirektoren, ferner
die Abteilungsvorsteher und ferner auch die größere An-
zahl der Konstrukteure und Zeichner. Ferner wird be-
hauptet, daß die „russische“ Pulverfabrik eine
Filiale der deutschen Karbonitwerke sei und
daß alle bei ihr in wichtigen Stellen befindlichen Beamten
Deutsche seien. So seien die wichtigsten russischen Ver-
teidigungsmittel, Flotte und Schießpulver, in deutsche
Hände gegeben. Daß diese Tatsache so lange verschwiegen
blieb, liegt dem „Temps“ zufolge daran, daß beim Beginn

des Wiederaufbaues der russischen Flotte das Marine-
ministerium den freigen Besehl erhielt, keinerlei Mit-
teilungen über die erteilten Aufträge an die Presse gelan-
gen zu lassen. Der „Temps“ schließt mit der Behauptung,
daß die Mitteilungen, trotzdem sie von manchen als über-
trieben bezeichnet würden, auf Tatsachen beruhen und ge-
eignet sind, nicht nur das Interesse der französischen In-
dustrie, sondern auch ein viel größeres und unangenehmes
Aufsehen zu erregen.

Der Prinz zu Wied über albanische Fragen.

Der Prinz zu Wied hat einem Vertreter des
„Corriere d'Italia“ mitgeteilt, daß die ersten alban-
nischen Truppen nach italienischem Vorbild
bewaffnet werden. Augenblicklich sei man damit be-
schäftigt, eine möglichst große Anzahl von Automobilver-
bindungen einzurichten. Das Parlament soll vorher einen
Kronrat bilden, in welchem die einzelnen Stämme vertreten
sind. Der Prinz wird sich am 24. Februar auf seiner
Privatfahrt einschiffen und von einem italienischen
Geschwader nach Durazzo begleitet werden.

Zaberner Nachrichten.

Blättermeldungen aus Straßburg zufolge weilten vor-
geiern mehrere höhere Offiziere in Zabern, die sich mit
der Angelegenheit der im Pandurenkeller Inhaftierten be-
schäftigten, deren Schadenersatzklagen demnächst vor dem
Zivilgericht zur Verhandlung kommen sollen. Den In-
haftierten wurde ein Vergleich vorgeschlagen, in dem
ihnen je 50 Mark angeboten wurden und außerdem die
bisherigen Kosten durch die Militärbehörde gedeckt werden
sollten. Ob die Kläger den Vorschlag annehmen werden,
ist noch unbestimmt, da mehrere darauf beharren, daß das
Zivilgericht die Angelegenheit nachprüfe.

Die schwarzen Vöden in Berlin?

Unter dem Verdacht der Erkrankung an schwarzen
Vöden wurde in Berlin eine Frau Gellrich aus der
Tegeler Straße in die Isolierbaracke des Virchow-Kranken-
hauses gebracht.

200 Personen an Fleischvergiftung erkrankt.

Aus Budapest meldet unser Korrespondent: In
dem kleinen ungarischen Dorfe Meunapatsfalva ist die
Kinderpest ausgebrochen. Die Bevölkerung verzehrte jedoch
das Fleisch der verendeten Tiere. 200 Personen, mehr als
die Hälfte der Bevölkerung, sind schwer erkrankt. 35 Er-
krankte wurden in das Budapestener Pasteurinstitut gebracht,
während die Impfungen sämtlicher übriger Bewohner an
Ort und Stelle vorgenommen wurden.

Telegraphische Kursberichte.

Berlin, 10. Febr. Die Neigung zu Gewinnüberhe-
bungen trat heute mehr in den Vordergrund. Bestimmend
wirkte der Vorschlag der Nationalbank für Deutschland,
für 1913 nur 6 Prozent Dividende (gegen 7 Prozent i. V.)
zu verteilen. Im übrigen fehlte es an Anregung, und das
Geschäft schrumpfte allmählich wieder zusammen, auch auf
dem bisher bevorzugten Montanmarkt. Die ersten Notie-
rungen waren auf diesem Gebiete noch nahezu behauptet,
später erfolgten Abschwächungen bis zu einem Prozent.
Nur Rattowitzer fest und höher.

Der Bankenmarkt hatte im Verlauf unter der Nach-
wirkung der enttäuschenden Nationalbankdividende zu
leiden; die Kurse bröckelten um Kleinigkeiten ab; National-
bank verloren 1 1/2 Prozent. Schiffbauaktien tendierten
im Gegensatz zur Allgemeinhaltung weiter fest, besonders
Nordd. Lloyd, die bis über 124 anzogen. Elektrische Werte
nachgebend. Kanada behauptet, Baltimore matter auf
New-York.

Heimische Fonds weiter abgeschwächt. Der Privat-
diskont ermäßigte sich um 1/8 auf 3 Prozent.

Berlin, 10. Febr., 3 Uhr nachm. Nachbörse. Kredit-
aktien 208 1/2. Handelsbank 163 1/2. Deutsche Bank 258 1/2.
Diskontokommandit 194 1/2. Dresdener Bank 158. Staats-
bahn —. Canada 219. —. Bodumner 226 1/2. Laurahütte 165.75
Gelsenkirchen 194.50. Harpener 189.25.

Frankfurt, 10. Februar. Effekten-Sozial. Kredit-
aktien 208 1/2. Staatsbahn 156.75. Lombarden 2.75. Diskont-
kommandit 194.75. Gelsenkirchen 194.75. Laurahütte —.
Ungarn —. Italiener —. Türkenlose —.

Paris.	St. Petersburg.	Schwächer.
3proz. Rente	87.05	86.92
3proz. Italiener	96.80	96.80
4proz. Russen kon. I u. II	91.—	91.—
4proz. Spanier	89.90	90.—
4proz. Türken (unif.)	86.40	86.45
Türkische Lose	208.—	206.—
Metropolitain	549.—	550.—
Banque Ottomane	648.—	646.—
Rio Tinto	1841.—	1832.—
Chartered	28.—	27.—
Debeers	478.—	475.—
Goldrand	53.—	50.—
Goldminen	66.—	64.—
Randmines	162.—	160.—

Behauptet

Druck und Verlag: Wiesbadener Verlagsanstalt G. m. b. H.
(Direktion: Seb. Niedner) in Wiesbaden.
Chefredakteur: Bernhard Grobhus. — Verantwortlich für
Politik: Bernhard Grobhus; für Feuilleton und Volks-
wirtschaftlichen Teil: J. G. Effenberger; für den übrigen
redaktionellen Teil: Carl Dieckel; für den Anzeigenteil:
Paul Lange. Sämtlich in Wiesbaden.

Es wird gebeten, Briefe nur an die Redaktion,
nicht an die Redakteure persönlich zu richten.

Geschäftliche Mitteilungen.

Neues aus Deutsch-Kamerun. Für viele Leser, die den
wirtschaftlichen Verfall unserer deutschen Ansiedlungen
verfolgen, oder seither an der Möglichkeit gewarnt haben,
daß die Bodenkultur unserer Schutzgebiete brauchbare Er-
zeugnisse liefern wird, dürfte die Nachricht von Interesse
sein, daß in letzter Zeit aus den Pflanzungen der deutschen
Tabakbau-Gesellschaft in Bremen namhafte Partien
Kamerun-Tabak an den Markt gebracht wurden, die in
Kaffeeblättern sehr günstige Beurteilung finden. Die Quali-
täten, die Blattbeschaffenheit sowie der Brand der Tabake
sind so gut ausgefallen, daß sie für die deutsche Zigarren-
fabrikation ein wertvolles Deckmaterial darstellen und man
hofft, mit diesem Erzeugnis, bei einiger Unterstützung
durch die Konsumenten, der holländischen Konkurrenz, die
an ihren ökonomischen Gewinnen bekanntlich auf Kosten der
deutschen Raucher ganz enorme Summen verdient, erfolg-
reich die Spitze zu bieten. Die Firma August Engel hier
hat im Interesse der nationalen Sache ein Sortiment
Kamerun-Zigarren in den Handel gebracht und gegen-
wärtig in origineller Weise in den Schaufenstern ihrer
familiären Geschäfte ausgestellt. Ein kleiner Versuch dürfte
jeden Liebhaber einer wohlgeschmeckenden Zigarre von der
vortrefflichen Qualität der Tabake überzeugen.

Das Technikum Mittweida ist ein unter Staatsauf-
sicht stehendes, höheres technisches Institut zur Ausbildung
von Elektro- und Maschinen-Ingenieuren, Technizern und
Berkleimern und bezieht sich der Weisung auf jährlich
2-3000. Der Unterricht sowohl in der Elektrotechnik als
auch im Maschinenbau wurde in den letzten Jahren erheb-
lich erweitert und wird durch die reichhaltigen Samm-
lungen, Laboratorien für Elektrotechnik und Maschinenbau,
Werkstätten und Maschinenanlagen usw. sehr wirksam un-
terstützt. Das Sommersemester beginnt am 15. April 1914,
und es finden die Aufnahmen für den am 26. März begin-
nenden, unentgeltlichen Vorkursus von Mitte März an
wöchentlich statt. Anschließliches Programm mit Bericht
wird kostenlos vom Sekretariat des Technikums Mittweida
(Königreich Sachsen) abgegeben. In den mit der Anstalt
verbundenen, ca. 3000 Quadratmeter bebauten Grundfläche
umfassenden Lehr-Fabrikwerkstätten finden Praktikanten
zur praktischen Ausbildung Aufnahme.

Erholungs-Reisen zur See

nach Spanien und Portugal, Algier,
Italien, Sizilien, Ägypten und Ceylon,
nach

Vorder- u. Hinterindien, China, Japan u. Australien

Weltreisen

Reisescheck + Weltkreditbriefe

Nähere Auskunft, Fahrkarten und Deutsches durch
Norddeutscher Lloyd Bremen

und seine Vertretungen

Wiesbaden: J. Chr. Glücklich,
Wilhelmstraße 56. 3973

Kaffeevisite



„Wie nett von Ihnen, daß Sie uns heute
einen so guten Kaffee vorsetzen, Frau
Kanzlei-Rätin, den leisten Sie sich doch
sicher nicht alle Tage!“

„O, im Gegenteil Frau Apotheker, diesen
ausgezeichneten Kaffee trinken wir täglich,
weil ich ihn mit

Weber's Carlsbader Kaffeegewürz
verbillige und verbessere.“

Weber's Carlsbader Kaffeegewürz ver-
schafft auch einer billigeren Kaffeesorte
den Geschmack von feinem Edelkaffee
und gibt ihm eine prachtvolle Farbe.

Soennecken Bonna-Feder

Beste Kontor-Feder

Eigenes
deutsches
Fabrikat



F. SOENNECKEN
Fabrik in Bonn

Master
kostenlos

Liebig's Fleisch-Extrakt

Das Küchenhilfsmittel

nach Langgasse 48 verlegt

Freihauslieferung erfolgt im Stadtbezirk von M. 3.—, nach Vororten von M. 5.— an.

Der Polizei-Präsident: von Schend.